

Deutschland.

Berlin, 28. Aug. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Rittergutsbesitzer, Hauptmann a. D. von Wolf auf Gronow im Kreise Thorn, und dem Geschwitzmaler Genz zu Berlin den Roten Adler-Orden zweiter Klasse; dem Oberstleutn. D. von Seydlitz, bisher Commandeur des 2. Großherzoglich Mecklenburgischen Dragoner-Regiments Nr. 18, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Major von Merdel, im Großen Generalstab, commandirt zur Dienstleistung beim Kriegs-Ministerium, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Regierungs-Kanzleren Oberst zu Hildesheim, dem städtischen Finanz-Secretär Beder zu Köln und dem Kommandanten der Armen-Deputation und der städtischen Sparkasse ebendaefest, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Schultheiß Herder zu Friedrichsgrund im Kreise Glad und dem früheren pensionirten Kreisbaur. zu Schubin, jüngsten Postagenten zu Klein-Pruß, Kreis Schwedt, Wilhelm Dehetat das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Dem Hilfsarbeiter bei dem Königlichen Consistorium der Provinz Brandenburg, seitlichen Inspector und Prediger Gazelet von der hiesigen protestantisch-reformirten Gemeinde ist der Charakter als Consistorial-Assessor verliehen worden.

Berlin, 28. Aug. [Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hohheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] begaben sich gestern früh um 7½ Uhr vom Neuen Palais in das Königliche Stadtschlöss zu Potsdam zu Sr. Majestät dem König der Niederlande und geleiteten Allerhöchstenselben nach dem Bahnhofe, wo Sich auch die Königlichen Prinzen zur Verabschiedung eingefunden hatten. Die Sr. Majestät erfolgte um 8 Uhr mittels Extrajuges. Gleich noch 8 Uhr begaben Sich die Kronprinzipal-Herrschaften mit Ihren königlichen Hohheiten den Prinzen Wilhelm, Heinrich und Waldemar und der Prinzessin Victoria, sowie Ihren königlichen Hohheiten dem Erbgroßherzog und der Erbgroßherzogin von Sachsen nach Berlin, nahmen im Zoologischen Garten das Frühstück ein und besichtigten gegen 11 Uhr die diesjährige Kunstaustellung. Ihre Kaiserliche Hoheit die Kronprinzessin kehrte darauf mit Höchstkindern und den Erbgroßherzoglich sächsischen Herrschaften nach Potsdam zurück. Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz stellte Sr. Königliche Hoheit dem Prinzen Friedrich der Niederlande im Niederländischen Palais einen Brief ab und begab Sich um 2 Uhr nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück. Um 4 Uhr nahm Höchstselbe dort den Vortrag des Militär-Cabinetts entgegen.

(Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 28. Aug. [Das Staatsministerium. — Provinzen. — Statistisches.] Das Staatsministerium tritt morgen zu einer Sitzung zusammen und handelt es sich um Erledigung minder bedeutender Angelegenheiten. Zu bemerken ist, daß alle Sitzungen des Staatsministeriums im September wegen Berathung von Vorlagen für die bevorstehende Session lediglich Verhandlungen sind. — Die Mittheilung, daß außer dem Socialistengesetz dem Reichstag noch andere Vorlagen gemacht werden würden, ist irrig. Der Minister des Innern hat den Regierungen und Landräteien ein Erkenntnis des Obertribunals vom 1. Juni zur Kenntnahme und Beachtung mitgetheilt, welches über die Anwendung des Beauftragungsgesetzes auf kirchliche Prozessionen nicht unwichtige Grundzüge aufstellt. Das Erkenntnis führt aus, daß der in § 10 der Verordnung vom 11. Mai 1850 gebrachte Ausdruck: „Kirchliche Prozessionen, welche in der hergebrachten Art stattfinden, bedürfen nicht der Genehmigung“, sich nicht auf solche Prozessionen bezieht, welche wenn auch seit längerer Zeit schon hergebracht, doch erst nach Emanation des Vereinsgesetzes ohne Anzeige und Genehmigung ausgeführt worden sind. Indem das Gesetz in § 10 bestimmt, daß Prozessionen der Anzeige und Genehmigung dann nicht bedürfen, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden, setzt es damit zugleich fest, daß die zur Zeit seiner Emanation nicht hergebrachten Prozessionen angezeigt und genehmigt werden müssen. Das Ober-Tribunal erklärt weiter: diesem, die Auslegung des § 10 bestimmenden Gesichtspunkt gegenüber kann auch dem Umstande keine rechtliche Erheblichkeit beigemessen werden, daß von einigen Organen der Staatsgewalt seither gegen nicht angezeigte Prozessionen als gegen strafbare Handlungen nicht einzurichten sei, denn daß dem Gesetz nicht entsprechende Verhalten der staatlichen Organe kann den an sich strafbaren Handlungen nicht den Charakter der Gesetzlichkeit verleihen. Mit dieser Annahme sei die Anwendbarkeit der Strafbestimmungen des Gesetzes vom 11. März 1850 auf diejenigen Prozessionen, welche erst seit dem Jahre 1850 stattgefunden haben, gegeben. — Dem vom Prof. Hughes erfundenen Mikrofon, dessen einfache und fröhliche Einrichtung vielfach Anerkennung findet, wird nicht nur in technisch-ästhetischen, sondern in allen wissenschaftlichen Bereichen eine große Aufmerksamkeit gespült. Es werden in neuester Zeit Versuche nicht ohne Erfolg angestellt, dieses Instrument zu medizinischen Zwecken zu benützen. Das Mikrofon ist ausgestellt im Postmuseum, wo es wöchentlich an zwei Tagen dem Publikum geöffnet ist. — Auf den unter Aufsicht der Bergbehörden stehenden Bergwerken und Aufbereitungsanstalten waren im Jahre 1877 beschäftigt 231,117 Arbeiter, von welchen 534 oder 2,3% d. i. je 1 von 433, tödlich verunglückten. Im Vorjahr verunglückten von 240,865 Arbeitern 600 oder 2,49%.

Danach ist die Verunglückungsziffer gegen die des Vorjahrs überall, namentlich aber beim Braunkohlenbergbau, nur nicht bei der Mineralgewinnung zurückgeblieben. — Nach den amüsierseits veranlaßten Zusammenstellung über die Produktion der Bergwerke im preußischen Staat für das Jahr 1877 sind gefördert: Steinkohlen 673,440,492

Gtr. im W. von 186,697,753 M., Braunkohlen 1,727,311,954 Gtr.

von 560,000 M., Asphalt 520,000 Gtr. im Werthe

1,718,197 Gtr. im Werthe von 495,129 M., Kainit 21,530 Gtr.

im Werthe von 21,530 M., andere Kalksalze 5,742,430 Gtr. im W.

1,217,699 M., Boreit 726 Gtr. i. W. v. 17,923 M., Eisenerei

55,049,725 Gtr. im Werthe von 17,322,911 M., Zinkerze 11,502,942

Gtr. im Werthe von 11,086,455 M., Bleierze 2,691,639 Gtr.

im Werthe von 21,683,036 M., Kupfererze 6,738,942 Gtr. im

Werde von 7,431,842 M., Silber- und Goldere 1396 Gtr. im

Werde von 20,933 M., Nickelerze 4,422 Centner im Werthe von

18,622 M., Antimonierze 468 Gtr. im Werthe von 3,568 Mark,

Centner im Werthe von 12,616 Gtr. im Werthe von 13,536 M., Manganerie

105,784 Gtr. im Werthe von 186,748 M., Schwefelkies 2,018,390

Gtr. im Werthe von 1,504,135 M., sonstige Bitumerze und

Minerale 933,022,122 Gtr. im Werthe von

278,670,886 M. Hierzu tritt noch die unter preußischer Verwaltung

stehende Production im Fürstenthum Waldeck mit 54,151 Gtr. im Werthe von 21,849 M.

= Berlin, 28. August. [Die Socialisten vorlage. — Die Neuorganisation der Ministerien. — Verfälschung der Lebensmittel. — Die Präsidentenwahl im Reichstage.] Es scheint, daß die preußische Regierung die Überzeugung hatte, daß sie im Bundesrat mit einer nochmaligen Befürwortung ihrer Fassung des Socialistengesetzes nicht würde durchdringen können; wenigstens hatte sie, wie nachträglich bekannt wird, in der gestrigen Plenarsitzung keinen Versuch in dieser Richtung gemacht. Unstreitig giebt man sich aber in hiesigen leitenden Kreisen — und jedenfalls mit Recht — der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß der Reichstag das Gesetz in der jetzigen Form sicher nicht annehmen wird. Jedenfalls werden die Bestrebungen der Majorität des Reichstages dahin gerichtet sein, eine Recursinstanz gegen die Verfügungen der Landespolizeibehörden bei den ordentlichen Gerichten zu schaffen. Man kündigt übrigens schon heute in parlamentarischen Kreisen Gegenvorschläge an, welche geeignet sein sollen, die Zwecke der Regierung zur energischen Bekämpfung staats- und ordnungsförderlicher Bestrebungen auf dem Wege des gemeinsamen Rechts zu erreichen. Man glaubt, die Regierung für solche positive Vorschläge, zu denen es ja in der vorigen Session nicht gekommen ist, gewinnen und damit der Resultatlosigkeit der bevorstehenden Session dennoch vorbeugen zu können. Mit Spannung sieht man übrigens den Motiven zu dem Socialistengesetz entgegen und ist begehrig zu erfahren, ob und inwieweit auch in denselben der Kampf um das jetzt geschafferte Reichsamt für Vereinswesen und Presse erwähnung gehabt werden wird. — Die Sachverständigen-Conferenz für die Reform des ärztlichen Prüfungswesens hat gestern und heute ihre Thätigkeit fortgesetzt. Die Sitzungen, welche in dem neuen Conferenzsaal des Bundesrates im Reichstagsgebäude stattfinden, werden etwa bis Mitte nächster Woche dauern. — Die Angabe, wonach die geplanten Neuorganisationen im Finanz-, Landwirtschafts- und Handelsministerium durch Cabinetsordre vollzogen werden sollten, ist in völlig hoffloser Weise dementirt worden. Die betreffende Cabinets-Ordre ist, nach sehr verlässlichen Informationen, bereits unterzeichnet und ihre Publication einem späteren Termine vorbehalten worden. Das finanzielle Rendieren, welche die Anordnungen hervorbringen, der Genehmigung des Landtags unterliegen, ist schließlich völlig selbstverständlich. — Wir haben wiederholentlich mitgetheilt, daß die Reichsregierung es keineswegs ausgegeben hat, den Entwurf gegen die Verfälschung von Lebens- und Gebrauchsmittern wieder vor den Reichstag zu bringen. Es lag in der Absicht, den Entwurf sogar schon in der bevorstehenden außerordentlichen Session vorzulegen, und man ist nur davon zurückgekommen, weil man die Session auf eine möglichst kurze Zeit beschränken wollte. Obwohl es besteht, daß der Entwurf dem Bundesrat in einer veränderten Gestalt zugehen soll, welche sich den Beschlüssen der früheren Reichstagscommission anfügen wird, so ist es doch unrichtig, wenn mitgetheilt wird, daß man an die Revisionsarbeit im Bundesrat bereits herangetreten sei. Seit Wiederbeginn der Arbeiten des Letzteren hat man sich, abgesehen von einigen Verwaltungs-Angelegenheiten, ausschließlich mit dem Socialistengesetz beschäftigt. — Die Plätze im Reichstage sind sämtlich besetzt und der neue Situationsplan ist bereit im Abschluß begriffen. Man nimmt an, daß die Präsidentenwahl bereits am 12. September erfolgen können, und daß man dann im Stande sein wird, noch in oder doch gleich nach der ersten Woche der Session in die erste Lesung des Socialistengesetzes einzutreten. Der Präsidentenwahl sieht man mit Spannung entgegen; es erhält sich auch noch heute mit großer Bestimmtheit die Angabe, daß der Abg. v. Forckenbeck darauf befiehlt, die Wiederwahl zum ersten Präsidenten abzulehnen. Ferner ist bis zur Stunde noch nicht bekannt, wen das Centrum von seinen Mitgliedern zur Präsidentenwahl propriaire wird. Im Übrigen hat sich die Zahl der Wahlproteste, welche im Bureau des Reichstages eingegangen sind, auch in den den letzten Tagen noch erheblich vermehrt. Voraussichtlich wird die Wahlprüfungs-Commission sofort nach ihrer Konstituierung bereits umfangreich Beschäftigung finden.

[S. M. gedeckte Corvette „Elisabeth“;] 19 Geschütze, Commandant Capitän i. S. v. Wickede, ist am 13. Juli c. in die Magdehauserstraße eingelaufen, am 16. Juli vor Punta-Arenas zu Ankergang und beabsichtigt am 17. oder 18. Juli die Reise nach Santa Cruz fortzusetzen.

Jena, 28. August. [Juristentag.] Zu dem morgen hier zusammenentrenden deutschen Juristentage sind bereits zahlreiche Gäste eingetroffen.

Karlsruhe, 26. August. [Die großherzogliche Familie] ist gestern nach der Insel Mainau — im Bodensee — übergesiedelt, auf welcher der Kaiser nach Beendigung der Gasteiner Kur zu längerem Aufenthalte erwartet wird. Die betreffenden Räumlichkeiten sind hierfür erweitert und neu eingerichtet worden. In Hofstetten glaubt man, während des dortigen Verweilens dem Besuch der Exkaiserin Eugenie und ihres Sohnes aus der in der Nähe gelegenen Villa Arenaberg (Thurgau) entgegensehn zu können.

Österreich.

Graz, 25. August. [Vom Journalistentag.] In das Comité befußt Gründung des Journalistenverbandes werden durch Acclamation erwählt: Dr. Kleste, Dobitsch-Berlin, Ritterweger-Frankfurt, Nordmann und Schemberg-Wien. Als nächster Versammlungsort werden Berlin, Nürnberg, Stuttgart, Weimar und Coburg empfohlen und in den Ausschuß erwählt die „National-“, „Börsische“ und „Volkszeitung“ in Berlin, die „Weser-Zeitung“ in Bremen, die „Breslauer Zeitung“ in Breslau, die „Börsen-Halle“ in Hamburg, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Leipzig, die „Social-politische Corresp.“ in Dresden, die „Elberfelder Zeitung“ in Elberfeld, der „Frankfurter Anzeiger“ in Frankfurt, der „Heimgarten“ in Graz, die „Trierer Zeitung“ in Trier, die „Preise“, die „Neue Freie Presse“ und das „Neue Wiener Tageblatt“ in Wien. Nachdem noch Dr. Goldbaum-Wien dem Vorstand für seine umstüttelte Leitung den Dank der Versammlung, der durch Erhebung von den Sizien Ausdruck fand, ausgesprochen, erklärte Dr. Kleste den 13. deutschen Journalistentag für geschlossen. Nach einer kurzen Pause fand in dem großen Saale der Südbahn-Restaurant das Festbankett statt. Erst gegen 6½ Uhr wurde die Tafel aufgehoben. Den Abend werden die Journalisten mit dem Besuch der beiden hiesigen Theater und einer späteren gemäßlichen Zusammenkunft ausfüllen. — Morgen früh wird ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Deutsch-Landsberg mit einem Extrajuge die vergnügliche Feier des diesjährigen Journalistentages beenden.

Schweiz.

Zürich, 25. August. [Die Bundesversammlung über die Gotthardfrage. — Die Juragewässer-Correction. — Vom eidgen. Polytechnikum. — Preisauftschreien. — Die Kissinger Verhandlungen.] Vorgestern ist die Bundesversammlung auseinander gegangen, nachdem sie sich in harter Arbeit durch die Gotthardfrage durchgetummelt. Die Verhandlungen des Ständeraths liefern eine bedeutend abgekürzte zweite Auslage derjenigen des Nationalraths. Die Compromißbeschlüsse des letzteren fanden auch den fast einstimmigen Beifall des Ständeraths. Auf Wiedergabe der Debatten verzichten wir. Ein von der Commission gestelltes Postulat, nach welchem bei ungünstigem Finanzausweis der Gotthardgesellschaft statt der Linie Immensee-Gurten vorläufig Trajectschiffe auf dem Vierwaldstätter See dienen sollten, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt; bekanntlich hat sich die deutsche Reichsregierung entschieden gegen solches Auskunftsmitte erkläri und die Vertreter der beteiligten Kantone protestirten auch dagegen. Ein zweites Postulat der Commission, welches den Zweck hatte, daß Vertrauen des Publikums wieder herzustellen, wurde durch beide Räthe dermaßen durchgepeitscht, daß es dabei ganz abmagerte. Es lautete ursprünglich: „Der Bundesrat soll darauf hinwirken, daß die auf Gründlage der Statuten der Gotthardbahngesellschaft vom November 1871 constituirten Gesellschaftsbehörden zurücktreten, die Gesellschaftsstatuten selbst aufgehoben und an deren Stelle von der Generalversammlung der Actionäre eine neue Organisation angenommen werde, welche der schweizerische Bundesrat im Einverständniß mit den andern Subventionsstaaten auf folgender Grundlage entwerfen wird: „a. daß in der Generalversammlung der Actionäre den Vertretern der Subventionsstaaten und den Obligationären neben den Actionären ein angemessenes Stimmrecht eingeräumt werde; b. daß dem schweizerischen Bundesrat ein maßgebender Einfluß auf die Bauvollendung und die Betriebsleitung eingeräumt werde.“ Die Commission machte u. U. auf die Gefahr aufmerksam, daß diese fast umsonst zu habenden Actien in eine oder einige ausländische Hände gerathen könnten. Bundesrat Heer sandt das Postulat allzu bindend und forderte größeres Vertrauen auf den Bundesrat, welcher nach Umständen handeln würde; eventuell beantragte er folgende Fassung: „Der Bundesrat wird eingeladen, auf eine zeitgemäße Reorganisation der Gotthardbahngesellschaft hinzuwirken und dabei auch insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, daß ihm ein den Verhältnissen entsprechender Einfluß auf die Bestellung der Verwaltungs-Organe gesichert werde.“ Dieser Antrag erhielt in der Abstimmung eine bedeutende Mehrheit. Im Nationalrat wurde aber das so abgeschwächte Postulat mit sehr kleiner Mehrheit abgewiesen; man befürchtete, eine Statutenveränderung möchte das noch nicht einbezogene Obligationen-Capital verschonen. Der Ständerat verstand sich in Folge dessen zur Annahme des vom Bundesrat gestellten, noch beschiedeneren Antrags: „Der Bundesrat wird die Gesellschaft veranlassen, die den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Rendieren in ihrer Organisation und die gehörige Besteckung ihrer Behörden vorzunehmen.“ Dieser Fassung stimmte der Nationalrat mit starker Mehrheit zu. — Das großartige Werk der Juragewässer-correction, welches den Bieler, Neuenburger und Murtensee tiefer legt und 60,000 Zuchthäuser entjumpt, ist in 10 Jahren tüchtiger Arbeit nahezu vollendet. Vor acht Tagen wurde die Ableitung der Ware in den großen Hagenekanal zum Bieler See mit einer Feier vollzogen, bei welcher der Berner Regierungspräsident Rohr die Bedeutung des Werkes darlegte. Die ihrer Geschiebe entledigte Ware fehlt durch den kleineren Nidau-Bärenkanal in ihr altes Bett zurück. Der Bund hat zu dem Werk 5 Millionen, den dritten Theil der Kosten, beigesteuert. — Am eidgenössischen Polytechnikum werden nunmehr auch die Vorlesungen über Militärwissenschaften eröffnet, und zwar von drei Professoren, unter denen der tüchtige Militärschriftsteller Oberst Rothplatz von Aarau. — Der schweizerische Verein für Wahlreform hat für die beste volksthümliche Schrift zur Begründung der proportionalenVertretung aller Bürger einen Preis von 500 Francs ausgesetzt. — Der größte Theil unserer ultramontanen Presse jubelt über die Kissinger Haupt- und Staatsaction. Die Reise nach Canossa ist so gut wie gesichert. Der Reichskanzler ist in priesterlicher Soutane, der Nunus in der Uniform eines preußischen Husarenobersten aufgetreten. So wird's gemacht.

Frankreich.

○ Paris, 26. Aug. [De Marçére's Rede in Mortagne. — Die Versammlung der Friedensfreunde. — Die Preisträtheilung auf der Ausstellung. — Ehrenseifer.] Die Rede, welche de Marçére gestern bei dem Bankett in Mortagne gehalten hat, unterscheidet sich von früheren Reden dieses Ministers durch einen gewissen vertraulichen Ton, wie er den Umständen wohl angepassen war. Sie hat keinen offiziellen Anstrich und entbehrt der Würde und Feierlichkeit, welche die offiziellen Kundgebungen dieser Art in Frankreich oft so langwellig macht. Die Gegner des Ministers erklären sie daher „banal“, „vulgär“ u. dgl.; wir glauben indes, daß sie im großen Publikum einen guten Eindruck hinterlassen wird. De Marçére selber fasste den Inhalt seiner Rede in dem Worte: „Vertrauen!“ zusammen. Er holt an mit der Bemerkung, daß gar viele Leute in Frankreich, die mit dem jetzigen Regiment zufrieden sind, sich doch die ängstliche Frage vorlegen, ob dasselbe auch dauern werde. Auf diese Frage antwortet der Redner, indem er ein Bild von der materiellen und moralischen Lage Frankreichs entwirft. Die materielle Lage ist eine gute, im Vergleich namentlich zu anderen Ländern; allerdings leben einige Industrien, aber alle diejenigen, die sich mit den ökonomischen Fragen beschäftigen, kennen die Ursachen dieser Krisis, die sich auf den ganzen Weltteil ausdehnt, und von welcher Frankreich am wenigsten betroffen wird. Die letzten Striche haben einen höchst friedlichen Ausgang genommen, und dies bestätigt einen moralischen Zustand, der noch befriedigender ist, als der materielle Zustand. Das Gerechtigkeitsgefühl und politisches Verständniß dringt mehr und mehr auch in die Arbeiterschichten ein. Die demagogischen Leidenschaften verlieren ihre Herrschaft über die Gemüther. Die reactionären Parteien machen seit einiger Zeit viel Aufhebens von gewissen Misshelligkeiten zwischen der Regierung und der republikanischen Mehrheit, welche beim Beginn der nächsten parlamentarischen Session zum Ausbruch kommen sollen, man spricht von einer ministeriellen Krisis u. s. w.

Alle diese Gerüchte werden nur von denselben ausgesprengt, welche von ihnen zu profitieren hoffen. Sie sind falsch und eben so falsch ist die Behauptung, daß die republikanische Partei selber inneren Zwistigkeiten zur Beute sei, welche ihr gefährlich werden könnten. Nein, es bestehen Meinungsverschiedenheiten innerhalb dieser Partei, aber in welcher Versammlung ist das anders, und wozu wären überhaupt die politischen Discussionen da, wenn alle Welt über alle Fragen dieselbe Meinung hegt? Das Wesentliche ist, daß man einig ist über die Form und das Wesen der Regierung; und in dieser Beziehung besteht vollkommene Einigkeit in der Mehrheit. Darauf ging der Redner zu den Senatswahlen über, und hier seien seine Aussägungen nördlich angeführt: „Diese Wahlen werden, wie ich hoffe, die Krönung des Werkes sein. Allerdings ist dieses Werk schon vollständig und die republikanischen Einrichtungen sind rechtlich und thatsächlich gegründet. Was bedarf es denn mehr? Die Zukunft jener Einrichtungen muß gesichert werden. Die Idee der Dauer, welche für die gute Ordnung im Staate unumgänglich erforderlich ist, muß zusammen mit der Republik verwachsen, und diese Gewissheit der Dauer muß eine so einleuchtende werden, daß die Nation nicht mehr anders denkt. Es muß zur Gewissheit werden, daß die Feinde der Republik nicht wieder unternehmen können, was sie im Mai 1873 und im Mai 1877 unternommen haben. Wie das? Es genügt, daß an die Stelle der principiellen Opposition eine constitutionelle Opposition trete. Sicherlich, die liberale Republik läßt eine constitutionelle Opposition zu und sie ist weit entfernt davon, sich so ausschließlich zu zeigen, wie man es ihr vorwirft. Aber, aufrichtig gesagt, man kann sie nicht zwingen, unter dem Vorwande der Toleranz, diejenigen zu begünstigen und zu ermutigen, die sie umbringen wollen. An unzweideutigen Zeichen ist ersichtlich, daß die Nation bei den nächsten Wahlen noch einmal, und definitiv diesmal, ihren Willen kundgeben wird, mit der principiellen Opposition ein Ende zu machen, welche gegen die Existenz der Republik gerichtet ist. Der Widerstand gegen einen unabänderlichen Zustand der Dinge hat nachgerade fast alle Welt ungeduldig gemacht.“ So de Marcere. Er antwortet damit, wie man sieht, auf die Behauptung, daß die Regierung sich vor allzu republikanischen Senatswahlen fürchte. — Die „Friedensfreunde“ haben gestern ihre Versammlung im Théâtre du Château d'Eau gehalten. Der Senator Tolain führte den Vorsitz, seine Beisitzer waren der Senator Garnier und der Deputierte Lockroy. Wie sich erwarten ließ, ist nicht viel bei diesem Meeting herausgekommen. Man verlas einen Brief Victor Hugo's, der sich entschuldigte, nicht erscheinen zu können, indem er zugleich den Zweck der Versammlung billigte; dann einen Brief Louis Blanc's, der ebenfalls das Präsidium ablehnt. Aber während Victor Hugo nur in ein paar Zeilen seinen Segen schickte, laserte Louis Blanc eine vollständige Abhandlung, worin er mit den diplomatischen Verträgen über umgeht, nebenbei jedoch ein sehr mäßiges Vertrauen in die Wirksamkeit dieser Friedensmeetings verrät. Tolain hielt eine feurige Rede, welche zur Arbeit und zur Eintracht auffordert, dann ließen sich ein paar Engländer und ein italienischer Journalist vernehmen, ein anderer Redner machte einen Ausfall gegen die stehenden Armeen, die Salon-Generäle und gegen Bismarck. Zuletzt sprach Lockroy einige Worte zum Lobe der Arbeit, worauf man eine Sammlung für die „Exilanten“ veranstaltete. — Das „Amissblatt“ zeigt heute an, daß die Vertheilung der Preise an die Aussteller und die damit verbundenen Fehltheilungen auf den 21. October vertagt sind. Als Grund für diese Verspätung, die in den Blättern schon lebhaft kritisiert worden, bleibt das amtliche Organ an, die Regierung wünsche den Landesvertretern (die am 28. October zurückkehren) Gelegenheit zu einer möglichst starken Verherrlichung an diesem Arbeits- und Nationalfeste zu geben. Die Oppositiionsjournales bleibten aber dabei, daß der Grund ein anderer sei. Die Einen behaupten, man lasse einen großen Zeitraum zwischen der Revue vom September und dem Ausstellungsfeste verstreichen, um es weniger auffällig zu machen, daß die fremden Fürsten, die an dem Feste teilnehmen, sich geweigerter haben, den Neuen beizuhören. Die Anderen dagegen versichern, die Jury habe die Belohnungen so ungerecht verteilt, daß man dem Publikum nicht Gelegenheit geben wolle, in der Ausstellung die Belohnungen zu kontrollieren. Denn der Schluß der Ausstellung soll jetzt definitiv auf den

31. October festgesetzt sein. — Dufaure ist nach der Charente abgereist, hat aber Frau Thiers sagen lassen, daß er der Gedächtnisfeier für Thiers am 3. Septbr. beiwohnen werde. Die Großfürsten Constantin und Alexis werden gleichfalls an derselben Theil nehmen. MacMahon wird sich durch einen Adjutanten vertreten lassen.

Paris, 27. August. [Die Presse über die Rede Marcere's. — Aus Nouméa. — Candidaturen für die Senatswahl. — Jacotin. — Diplomatisches.] Die Rede de Marcere hat bei allen liberalen Blättern von den „Debats“ bis zum „Rappel“ ungeheilten Beifall gefunden, nur die „République française“ macht eine kleine Ausstellung. Sie meint, die Rede von Moriagne ist die Rede eines aufrichtig republikanischen Ministers, eines ehrlichen Mannes und eines guten Bürgers. Die Gesinnungen, welche sie ausspricht, sind diejenigen aller Franzosen, welchen es um die vollständige Wiederaufrichtung und um die Ehre des Landes zu thun ist, d. h. die Gesinnungen von fast ganz Frankreich. Indes, fährt das Gambetta'sche Blatt fort, ein Wort sagt uns in Erstaunen, das Wort Vertrauen, welches der Minister mit einem solchen Nachdruck wiederholt, als ob es wirklich nötig wäre, eine Nation zu beruhigen, die sich als Herrin ihrer selbst fühlt, wie sie es zehnmal mit immer steigender Entschiedenheit seit dem 14. Oct. v. J. gezeigt hat. Herr de Marcere hat sicherlich die Befürchtungen des Publikums, an das er sich wandte, übertrieben. Eine Regierung, die schon ein Jahr besteht und die sich auf eine mächtige, aus dem allgemeinen Stimmkreis hervorgegangene Mehrheit stützt, eine Regierung, deren Mitglieder alle geachtet und zum Theil populär sind, sollte nicht das Bedürfnis empfinden, so dringend das Vertrauen anzuempfehlen. Ist nicht der Umstand, daß sie die Gewalt hat, ein genügendes Pfand der Sicherheit? Welche Gefahr stände zu befürchten, wenn Frankreich gesprochen und wenn es an seiner Spitze Männer hat, zu denen es vollständiges Vertrauen fühl? Die Kritik der „République française“ ist also für die Regierung eher schmeichelhaft als unangenehm, übrigens könnte sie sich gegen einige Reden Gambettas selber wenden, in denen auch das Wort „Vertrauen“ sehr nachdrücklich wiederholt wurde, obgleich über den Willen der Nation längst kein Zweifel mehr bestand. — Die Regierung hat jetzt die ersten schriftlichen Mitteilungen über den Aufstand in Nouméa erhalten und zögert nicht, dieselben zu veröffentlichen. Sie datiren vom 13. Juli, man erhält nicht viel Neues aus ihnen. Der Aufstand der Kanaken begann am 19. Juni mit der Ermordung eines Ansiedlers, Namens Chêne, und seiner Familie durch den Stamm von Dony. Es scheint, daß dieser Stamm eine Kanafensau zurückforderte. In der Nacht vom 24. auf den 25. Juni schloß der Stamm von Dony sich der Empörung an und ermordete die Gendarmen von Foa und 43 Ansiedler der Umgegend. Während die Truppen gegen diese neuen Außländischen marschierten, überfielen die Kanaken anderer Stämme die Ansiedlung Boulon-Bari und tödten 42 Einwohner derselben. Es steht außer Zweifel, daß der Aufstand jetzt vollständig niedergeschlagen ist. — In einzelnen Departements werden schon die Kandidaten für die bevorstehenden Senatswahlen bezeichnet, so ist im Puy-de-Dôme in einer Versammlung der republikanischen Generalräthe mitglieder u. s. w. die Candidatur de Lafayette's und des ehemaligen Deputirten Bissagnat mit großer Stimmenmehrheit aufgestellt worden. Die beiden bisherigen Senatoren waren der erwähnte de Lafayette und Jacotin, der vor Kurzem der Held eines scandalösen Abenteuers gewesen. Es lastet der Verdacht auf ihm, in einem Cercle zu Vitry falsch gespielt zu haben und von diesem Verdacht hat er sich nicht gereinigt, seine Candidatur stand denn auch keinen einzigen Vertheidiger. Der Generalrat der Aisne giebt heute den Herren Waddington und Saint-Vallier ein Banket. Saint-Vallier steht im Begriffe, nach Berlin zurückzukehren. Auch der französische Vertreter in Rom, Marquis de Noailles, wird sich in den nächsten Tagen wieder auf seinen Posten begeben.

Beigien.

Brüssel, 24. August. [Die heute dem Königspaire dargebrachte Ovation,] die Procesion der Schultinder, war eine sehr originelle Feierlichkeit. Alle Communalschulen von Brüssel, den Vorstädten, der Hauptstadt und einiger anderen Städte, Knaben- und Mädchenschulen mit ihren Lehrern und Lehrerinnen, begleitet von einer

Abtheilung Bürgerwehr und zwei Militärmusikcorps, defilirten in langem Zuge vor der vor dem Schlosse errichteten Estrade, auf welcher der König und die Königin mit ihrem Hofstaat und den offiziellen Personen Platz genommen hatten. Um halb 2 Uhr ging der Zug vom Park aus und dauerte etwa anderthalb Stunden. Man sagte, die Anzahl der Kinder habe 23,000 betragen. Jede Schule brachte einen Blumenkorb oder einen Kranz dar, die, auf die Stufen der Estrade niedergelegt, diese bald ganz bedeckten. Außer den Schulen von Brüssel und den Vorstädten waren noch solche aus Antwerpen, Gent, Hasselt, Löwen, Mecheln, Marche, Mons, Namur und Termonde gekommen. Einige der Schulen sangen im Chor, alle brachten im Vorziehen Hochrufe auf das Königspaar aus. Besonders bemerkten wurden die wunderschönen Blumen der Genter Kinder, die auch ausnahmsweise ihre Hochrufe in flämischer Sprache brachten.

Provinzial-Beitung.

d. Breslau, 28. Aug. [Bezirksverein für den östlichen Theil der inneren Stadt.] Der Vorsitzende, Auctoriter Czerny, eröffnete die gestern Abend im Weberbauer'schen Saale abgehaltene und sehr zahlreiche besuchte Versammlung nach Verlesung des Protocols der letzten Sitzung u. A. mit folgenden Mittheilungen: Auf eine Beschwerde, betreffend das Treiben im IV. Polizei-Revier, theilt der Herr Polizei-Präsident mit, daß in Folge der vom Revier-Polizei-Commissarius gestellten Anträge erneut die erforderlichen Verfügungen erlassen worden sind. — Ein Antrag bei der Verwaltung des Zoologischen Gartens um Errichtung der Eintrittspreise in den Garten an den Wochentagen ist von der Direction unter Hinweis auf die billigen Eintrittspreise an den Sonntagen, abschlägig beschieden worden. — Ein vom Verein an den Magistrat gerichtetes Gefuch um eine Abänderung der Environs der Neptunestatue auf dem Neumarkt ist abgelehnt worden. — Auf ein Gefuch des Vereins, betreffend die Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die Verpflichteten zur Instandhaltung der betreffenden Wege anzuhalten. — Bezüglich der Instandhaltung der nach den Sand- und Vincenz-Kirchhöfen führenden Wege, erwidert Magistrat, daß diese Wege keine öffentlichen, sondern von den Abjacenten zu unterhaltenden Culturwege seien. Diese Verpflichtungen seien auch hypothetisch eingetragen. Nach längerer Debatte über diesen Gegenstand wird beschlossen, das Polizei-Präsidium zu ersuchen, die

